

Nr. **XIX. GP-NR
128 1J
1994 -12- 02**

ANFRAGE

der Abgeordneten Parnigoni
und Genossen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Subventionen und Sozialtarife der Post

Im Rahmen der Vorhaben der Bundesregierung zur Budgetkonsolidierung soll die Treffsicherheit verschiedener Sozial- und Transferleistungen erhöht werden. Auch im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung gibt es eine Vielzahl an Sozialleistungen, sowie Subventionen und Vergünstigungen für die Wirtschaft. Beispielsweise schlagen allein die Zeitungszustellungen mit einem jährlichen Defizit von 2,8 Milliarden Schilling bei der "gelben" Post zu Buche. Die verschiedenen Gebührenbefreiungen beim Telefondienst hingegen summieren sich nur auf ca. 800 Millionen Schilling pro Jahr.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. Der Kostendeckungsgrad im Postzeitungsdienst beträgt in Österreich nur 15 % (zum Vergleich: in Deutschland 59,8 %, in der Schweiz 36 %, in Frankreich 33 % und in Finnland 68 % - Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1990). Der Großteil der europäischen Länder begann bereits in den 80er Jahren, alarmiert durch die damals weit niedrigeren Kostendeckungsgrade, mit Reformen in diesem Bereich.
Gibt es in Ihrem Ressort und bei der PTV Bestrebungen einen höheren Kostendeckungsgrad beim Zeitungszustellungsdienst zu erreichen?
2. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat im Rahmen des umfangreichen Forschungsprogrammes "Ökonomie und Zukunft der Printmedien" eine Teilstudie zu den "Postleistungen" erstellt. In dieser Studie werden auch verschiedene Varianten zur Reform des Postzustelldienstes und der Gebührenmodelle vorgeschlagen. Diese Vorschläge berücksichtigen einerseits eine Gewährleistung der Pressevielfalt und andererseits setzen sie die Posttarifgestaltung in Beziehung zum Presseförderungssystem.
Können Sie sich vorstellen, das in dieser Studie vorgeschlagene Modulsystem in die Praxis umzusetzen?

3. Wie könnte Ihrer Meinung nach im Rahmen der Budgetkonsolidierung und angesichts der europäischen Liberalisierungsbestrebungen der Post- und Telegraphendienste in Zukunft die Postzustellung der Zeitungen erfolgen? Welchen Kostendeckungsgrad streben Sie an?
In welcher Form sollen die verbleibenden Defizite abgedeckt werden?
4. Könnten im Rahmen der notwendigen Budgetkonsolidierung als Maßnahme zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades beim Postzustelldienst die Tarife für Verlagsdruckwerke wesentlich stärker differenziert werden?
5. Wird der Postzeitungsdienst als gemeinwirtschaftliche Leistung definiert? Welche anderen Maßnahmen werden Sie setzen, um zu einer für beide Seiten wirtschaftlich vertretbaren Lösung zu gelangen?
6. Werden Sie an den derzeit durch Gebührenbefreiungen beim Fernsprechdienst begünstigten Bevölkerungsgruppen festhalten oder werden Sie die Anzahl der Begünstigten einschränken?
7. Planen Sie darüberhinaus die Sozialleistung Gebührenbefreiung beim Telefondienst der Post einzuschränken? Welche Gruppen von Begünstigten wird das betreffen?
8. Werden Sie die Begünstigungsleistungen der Post- und Telegraphenverwaltung im Bereich der Telekommunikation auf weitere Dienste ausweiten? Für welche Telekommunikationsdienste ist dies geplant?
9. Wie sollen in Zukunft nach ihrer Ausgliederung die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Post- und Telegraphenverwaltung geregelt und finanziert werden?